



## Offenbach

Ei guude, ihr Leut'! „Vorsicht, herabfallende Kastanien. Parken auf eigene Gefahr.“ Das Hinweisschild im Foyer der Turnhalle Bieber macht deutlich: Offenbachs Stadtverordnete müssen sich in der nächsten Zeit nicht nur bei der Sitzordnung ein wenig umgewöhnen.

Immerhin werden sie an anderer Stelle lieb gewonnenen Komfort nicht vermissen. Die Versorgung mit Ess- und Trinkbarem ist im Exil ebenso gewährleistet wie bislang im Rathaus.

Wie rege sich der Verkehr zur Futterstelle gestaltet, war den Mitgliedern der schreibenden Zunft, die solche Sitzungen regelmäßig wohlwollend begleiten, bislang nie so richtig bewusst; saßen wir doch im Sitzungssaal des Rathauses seitlich erhöht, fernab von Selters und Häppchen.

Anders bei der Premiere im TV-Domizil: Die Presse-Tische waren punktgenau so platziert, das genau verfolgt werden konnte, wer von den Volksvertretern etwa Kaffee-Junkie ist, wer auf seine Linie achtet und wer sich vom zähen Polit-Betrieb nicht den Appetit verderben lässt. So perfekt im sich verengenden Laufweg der Politiker saßen wir, dass die Kollegin die Befürchtung äußerte, dass ihr irgendwann Senf und Franfurter im Nacken landen würden. Zugegeben: Ganz so schlimm kam's dann doch nicht. Bis auf ein paar Tassen, die scheppernd zu Boden gingen, einige Büfett-Gesprächen, denen wir zwangsweise lauschen durften und gelegentlicher Musik aus dem angrenzenden Lokal gab es eigentlich nichts zu meckern für die Schreiberlinge. Zumal sie noch live verfolgen durften, wie man sich auf hinteren Stadtverordneten-Bänken den netten Plausch doch nicht durch konzentrierte Teilhabe an der Debatte vermiesen ließ.

Im Vertrauen darauf, dass die gute Fee aus dem Stadtverordnetenbüro ihr Versprechen hält und für uns in der nächsten Sitzung ein konzentrationsförderlicheres Örtchen findet, haben wir den festen Willen, wieder dabei zu sein. Frau Schäfer, Sie schaffen das!

MATTHIAS DAHMER

---

### Spruch zum Tage

Wenn der Humor ernstgenommen wird, hört der Spaß auf.

LIONEL STRACHEY



Politikbetrieb im Vereinsambiente: Die Organisation der Stadtverordnetenversammlung in der Turnhalle des TV Bieber klappte bis auf Kleinigkeiten, wie nachzustellende Mikrofone, reibungslos. Dennoch war es für die Parlamentarier gewöhnungsbedürftig. ■ Foto: Georg

# „Griechische Verhältnisse“

## Vereine dürfen sich über Zuschüsse freuen

**OFFENBACH** ■ In seltener Eintracht und wohl mit Blick auf die Kommunalwahl im Frühjahr beschloss die Mehrheitskoalition aus SPD, Grünen und Freien Wählern zusammen mit der CDU-Opposition, Vereinen Zuschüsse zukommen zu lassen. Insgesamt 165 000 Euro wurden auf 14 Vereine verteilt. Kritik hagelt es dafür seitens der Liberalen.

Auf Antrag der Koalition gehen 60 000 Euro an die Bürgerstiftung Offenbach, 15 000 Euro an die Bürgerinitiative östliche Innenstadt, 15 000 Euro an den Förderverein Sicheres Offenbach, 15 000 Euro an die Stabsstelle Flüchtlingshilfe, 15 000 Euro an Pro Familia, 10 000 Euro an den TV Bieber und 10 000 Euro an die SKG Rumpenheim.

Die restlichen 25 000 Euro durfte die CDU verteilen. Danach fließen jeweils 5000 Euro an Caritas, Fechtclub und OKV. Mit jeweils 2500 Euro werden bedacht Stadtgarde, Seniorenhilfe, Sparta Bürgel und Geschichtsverein.

Das Geld stammt aus einem mit ursprünglich gut 900 000 Euro gefüllten Topf, den der Stadtdienstleiter ESO zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich um einen Überschuss aus Alt-Gebühren, zu deren Rückzahlung an den Gebührenzahler der ESO nicht verpflichtet war. Der

größte Teil des Geldes, das hatte das Parlament bereits im Mai beschlossen, fließt etwa in die Schwimmbadsanierung auf der Rosenhöhe sowie in von Projekte zur Elektromobilität.

Rechtlich, so Kämmerer Felix Schwenke, sei die Übertragung des Geldes vom ESO an die Stadt nicht zu beanstanden. Dass die Summe nicht zur Schuldentilgung, sondern für die Vereine verwendet werde, sei indes eine politische Entscheidung.

FDP-Fraktionschef Oliver Stirböck schäumte auch noch am Tag nach der Parlamentsitzung: Es sei ein „haushaltspolitischer Dambruch“, wenn man ausgewählten Vereinen außerhalb der Reihe Zuschüsse zukommen lasse. Nicht die Zuschüsse an die honorigen Vereine an sich seien dabei skandalös, sondern das Vorgehen. „Entscheidend war nicht in erster Linie, wer etwas am nötigsten braucht, sondern offenkundig wer wen kennt. So funktioniert Stimmenkauf in Griechenland“, schimpfte der Freidemokrat.

Das Problem sei weniger die verausgabte Summe, als vielmehr die Tatsache, dass sich jetzt jede Interessensgruppe zu recht bemüßigt fühle, „den kleinen Dienstweg zum Fraktionsvorsitzenden seines Vertrauens zu suchen“. ■ mad

# Positive Botschaften

## Kämmerer Schwenke bringt Nachtragshaushalt ein

**OFFENBACH** ■ Fehlende politische Brisanz kann in Offenbach mitunter nicht schaden. Insbesondere dann, wenn es sich um die Finanzen handelt. So konnte denn Kämmerer Felix Schwenke im Stadtparlament zu dem von ihm eingebrachten Nachtragshaushalt auch verkünden: „Die positiven Botschaften zu unserer Finanzlage bleiben bestehen.“

Dazu gehört, dass das Haushaltsdefizit auf 34,9 Millionen Euro gedrückt werden konnte; laut Schutzschirmvertrag wären 38,7 Millionen Miese erlaubt gewesen.

Das alles, so Schwenke weiter, sei sogar möglich gewesen, ohne die in den vergangenen Jahren übliche Gewinnausschüttung der Stadtwerke Offenbach Holding, die somit ihr Jahresergebnis 2015 in einen Gewinnvortrag umwandeln werde.

Für Entlastung – wenn auch eine eher geringe – sorgt die Beteiligung des Bundes an den sogenannte Kosten der Unterkunft für Bewohner von staatlichen Transferleistungen. Mit 1,9 Millionen Euro wird hier Offenbach unter die Arme gegriffen. Die Summe relativiert sich ange-

sichts der 53 Millionen Euro, welche die Stadt dafür insgesamt aufwenden muss.

Bei der Gewerbesteuer, so Schwenke, deren exakte Höhe in etwa so genau vorhergesagt werden könne wie das Wetter am Jahresende, sehe es nach einem guten Jahr aus. Der Kämmerer rechnet hier mit Einnahmen von rund 64 Millionen Euro.

Beim Kita-Ausbau mussten aufgrund geänderter Nachfrage vier Millionen Euro weniger ausgegeben werden als geplant. Dagegen stiegen die Kosten für Heimerziehung um zwei Millionen ■ mad